

Gut, dass sie gefragt wurden

Mainzer Professor erforscht Bürgerbeteiligung

MAINZ. Thorsten Faas räumt gerne mit Vorurteilen auf. Die Vorstellung von Bürgerbeteiligung als einem Allheilmittel ist so eines. „Ein Missverständnis“, sagt der Professor für empirische Politikforschung an der Universität Mainz. 2012 hat Faas mit zwei Kollegen aus Mannheim eine Studie über „Bürgerbeteiligung und Direkte Demokratie in Baden-Württemberg“ angefertigt. Die öffentliche Diskussion über „Stuttgart 21“ hatte dazu den Anstoß gegeben.

Die Untersuchung ergab, dass die Menschen im Ländle auch nach der Volksabstimmung mit dem Projektverlauf nicht glücklich sind: Landesweit zeigen sich nur 17 Prozent „eher“ oder „sehr zufrieden“, 36 Prozent dagegen „eher“ oder „sehr unzufrieden“. Selbst unter den Projektbefürwortern finden sich 21 Prozent Unzufriedene. Dass das Volk überhaupt über „Stuttgart 21“ abstimmen konnte, bewerten die Baden-Württemberger positiv: 72 Prozent finden das „eher gut“ oder „sehr gut“. Der Bürgerentscheid hat so für eine gewisse Akzeptanz gesorgt, wie der 37 Jahre alte Faas sagt.

Politische Partizipation habe eben einen Wert an sich – unabhängig vom Ergebnis. Allerdings ändert sich laut der Studie die Wertschätzung von Plebisziten mit dem Bildungsniveau: 60 Prozent derjenigen, die sich selbst als hoch-



Thorsten Faas, Politikforscher an der Gutenberg-Universität, wirbt dafür, über eine Wahlpflicht nachzudenken.

Foto Peter Pulkowski

gebildet einstufen, heißen Volksabstimmungen gut, bei den weniger Gebildeten sind es zehn Prozent mehr. Insofern sei die Forderung nach mehr direkter Demokratie bisweilen auch „Ausdruck von Protest“.

Manchmal fürchtet nicht nur die Regierung die „Vox populi“, sondern auch manchen Bürgern ist es lieber, wenn sie schweigt. Der Flughafen Frankfurt sei dafür ein gutes Beispiel, meint Faas. „Was Flughafengegner auf keinen Fall wollen, ist eine Abstimmung über die neue Landebahn. Denn wo würde die stattfinden? In Hessen. Und man kann erwarten, dass das schlecht ausginge für die Gegner“, sagte der Politikwissenschaftler vor kurzem einem Mainzer Hochschulmagazin.

Seit September 2012 hat er den Lehrstuhl für „Methoden der empirischen Politikforschung“ inne. Der Statistikliebhaber interessiert sich nach eigenem Bekunden vor allem für die „Input-Seite“ des politischen Systems. Dazu gehören Fernseh-Duelle. Faas bezeichnet sie als „Miniatur-Wahlkämpfe“. Vor der niedersächsischen Landtagswahl hat er in der Vorlesung seinen Studenten das TV-Duell der Spitzenkandidaten David McAllister (CDU) und Stephan Weil (SPD) gezeigt. In einem neuen Projekt will er herausfinden, welche Bedeutung den sozialen Medien in Wahlkämpfen zukommt. Genauso wichtig wie der Gegenstand selbst ist dem Forscher mit Facebook- und Twitter-Account die Methodik. Er wolle „innovativ“ sein „an der Methodenfront“. So untersucht er beispielsweise die Einstellungen zu Migranten, indem er auf Bildern die Hautfarbe der Einwanderer leicht variiert und überprüft, wie sich das auf die Antwortzeit der Befragten auswirkt.

Provokant ist Faas' Vorschlag, wie sich der hohe Anteil von Nichtwählern senken ließe – mit einer Wahlpflicht. Darüber solle die Politik zumindest nachdenken. „Wenn manche nicht zur Wahl gehen, können die Parteien nicht einfach mit den Schultern zucken.“ Gäbe es eine Wahlpflicht, müssten sich die Volksvertreter auch um die Nichtwähler kümmern, die sie bisher ignoriert hätten. Aber auch ohne Abstimmzwang sind die Parteien nach Ansicht von Faas gerade in diesem Jahr gut beraten, jene Gruppe in ihr Kalkül einzubeziehen. Denn sie könne den Ausgang mancher Wahl entscheiden.

ANDREAS GROTH